

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 11 29. Mai 1996

➔ **„Propyläen Geschichte“ in Verruf** Seite 2

Ausgerechnet Band 9 der „Propyläen Geschichte Deutschland“, der die Zeit des Nationalsozialismus behandelt, wurde von dem „Neuen Rechten“ Karlheinz Weißmann verfaßt. Die Täter-Opfer-Einordnung gerät dem Autor entsprechend durcheinander.

➔ **„Die Türken vor Wien“** Seite 6

Das Verhältnis der extremen Rechten zum Islam und zum Islamismus ist uneinheitlich. In ihrem Antiwestlertum sehen sich viele mit islamistischen Terroristen einig. Das Gros der Rechten gedenkt allerdings der Schlacht von 1683 und schürt alte Ressentiments.

➔ **Militante in Sachsen-Anhalt** Seite 8

Die Zahl jugendlicher Gewalttäter in neonazistischen Organisationen ist in Sachsen-Anhalt besonders hoch. Dies berichtet der dortige Verfassungsschutz.

➔ **„Germania“ und der liberale Geist** Seite 5

Im aktuellen Studienführer der Universität Hamburg ist die Burschenschaft „Germania“ mit einer Anzeige vertreten. Eine Ablehnung hätte dem liberalen Geist der Uni widersprochen, erklärte deren Pressesprecher.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

„Neurechte“ Interpretation des Nationalsozialismus:

Nicht leugnen, aber relativieren

Die Buchreihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ galt bislang als eine der bedeutendsten und seriösesten Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte. Dies änderte sich schlagartig durch die Veröffentlichung des neunten Bandes, der die Zeit des Nationalsozialismus behandelt. Ursprünglich hatte dafür das wissenschaftliche Herausbergremium den renommierten Historiker Hans Mommsen vorgesehen. Da dieser aber bei der Abgabe des Manuskripts säumig war, betraute der verantwortliche Lektor, der Historiker und Journalist Rainer Zitelmann, ohne Rücksprache mit dem Herausbergremium einen anderen Autor mit dieser Ausgabe: Den Historiker und Lehrer Karlheinz Weißmann. (Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945 (Propyläen Geschichte Deutschlands Band 9), Berlin 1995).

Empörung löste diese Entscheidung bei den Herausgebern nicht nur aus, weil man sie übergangen hatte, sondern auch wegen des Autors. Weißmann hatte sich bislang noch nicht als Historiker profiliert und zeigte sich - was noch darzustellen sein wird - der Aufgabe auch wissenschaftlich nicht gewachsen. Hinzu kam, daß er sich selbst als Vertreter einer „Neuen Rechten“ versteht und sich im Brückenspektrum zwischen demokratischem Konservatismus und extremistischer Rechter bewegt. Zitelmann hatte Weißmann offensichtlich nicht wegen dessen fachlicher Qualifikation, sondern aus politischen Gründen für dieses Unternehmen ausgewählt, betätigen sich beide doch schon längere Zeit in einem gemeinsamen publizistischen Umfeld. Nicht trotz, sondern gerade wegen dieses Hintergrundes verdient die Darstellung Interesse, verdeutlicht sie doch exemplarisch wie die „Neue Rechte“ die Zeit des Nationalsozialismus sieht und wie die ideologischen Motive sich in ein wissenschaftliches Gewand kleiden wollen.

Hinsichtlich des formalen Aufbaus lassen sich keine Besonderheiten feststellen; die Darstellung ist im Sinne der üblichen Chronologie derartiger Gesamtdarstellungen gegliedert: Nach Ausführungen zu den ideologischen Vorläufern des National-

sozialismus wird der Weg der NSDAP zur Macht beschrieben. Dem folgen Ausführungen zum Staatsaufbau, der außen-, innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklung sowie zum Weg in den Krieg. Die letzten Kapitel sind dann dem Kriegsverlauf im europäischen Rahmen und dem militärischen Zusammenbruch gewidmet. Entsprechend den Vorgaben der Buchreihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ konnten den Ausführungen keine Anmerkungen beigelegt werden, so daß nicht immer nachvollziehbar ist, auf welche Sekundärliteratur oder Quellen sich der Autor jeweils stützt.

Zu einem formalen Ergebnis kommt Weißmann in seiner Darstellung des Dritten Reiches - durch die Anlage der Arbeit verständlich - nicht. Der Autor geht allerdings von einem bestimmten Ansatz aus, nämlich den Nationalsozialismus als ein „Epochenphänomen“ zu deuten: „Hier wird das nationalsozialistische Regime als Verwirklichung einer Weltanschauung begriffen, die seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in den entwickelten europäischen Staaten Anhänger gefunden hatte“ (S. 10f.). Eine Analyse des „Nationalsozialismus als epochaler Erscheinung“ (S. 14) könne nicht auf die Situation in Deutschland beschränkt, sondern müsse vor dem Hintergrund einer gesamteuropäischen geistigen Entwicklung im vorigen Jahrhundert gesehen werden. Weißmann postuliert dies zwar, löst - um es gleich vorweg zu sagen - damit verbundene Ansprüche für die eigene Analyse aber nicht ein.

Ideologische Wegbereiter unterschlagen

Insgesamt wird der formale Anspruch der Arbeit, eine ausgewogene Darstellung auf aktuellem Forschungsstand zu sein, nicht erfüllt: einerseits weil Weißmann bewußt oder unbewußt viel zu stark mit ideologischer Voreingenommenheit an die Arbeit heran gegangen ist, andererseits weil er sich intellektuell wissenschaftlich den - zweifellos hohen - Anforderungen an eine solche Gesamtdarstellung als nicht gewachsen erweist. Letzteres zeigt sich u.a. dadurch, daß die Darstellung nicht wie aus einem Guß, sondern als ein Konglomerat erscheint, zusammengestellt aus Versatzstücken, die sich aus der Beschäftigung mit dem NS-Staat ergeben haben. Häufig vermag der Autor nicht zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden, so daß sich auch sachlich kaum nachvollziehbare Gewichtungen quantitativer Art ergeben. Dieser

Makel wird auch nicht durch die zahlreichen Zitate bzw. Zitatfetzen von Historikern korrigiert, verrät die Fülle zwar eine gewisse Belesenheit des Autors, aber auch dessen Unsicherheit, eigene Einschätzungen und Urteile vorzunehmen. Überdeutlich wird dies immer dann, wenn Weißmann im gleichen Kontext Historiker zitiert, die in der Forschungskontroverse unterschiedliche Positionen vertreten, ohne dies näher zu problematisieren. Eigene Bewertungen vermeidet Weißmann dadurch bei Fragen, wo er sich unsicher fühlt. In diesem Fällen läßt der Autor auch häufig Abschnitte mit einem unkommentierten Zitat ausklingen.

Die ideologische Fixierung Weißmanns kommt in anderen Zusammenhängen zum Tragen, z.B. bei der Deutung des „Nationalsozialismus als Epochenphänomen“ (S. 14). Als Belege für diese Interpretation verweist der Autor auf Vorläufer im Ausland, die nach einer Synthese aus Nationalismus und Sozialismus suchten (Barrès, Corradini, Maurras etc.) oder gar auf eine „darwinistische Linke“ insbesondere in Großbritannien. Zweifellos hat es derartiges gegeben, gleichwohl wird damit gerade nicht das belegt, was Weißmann behauptet, nämlich der Nationalsozialismus als länderübergreifendes Phänomen einer Zeit. Hierzu hätte zunächst belegt werden müssen, daß die deutschen Nationalsozialisten die von Weißmann genannten Vorläufer auch so rezipierten, und dann die Fragen beantwortet werden, warum es in Deutschland zu einer nationalsozialistischen Diktatur kommen konnte und in anderen Ländern nicht. Bewußt oder unbewußt geht es Weißmann mit seinem Ansatz darum, den deutschen Sonderweg - aus dem Krisenprozeß in einer Republik entsteht eine nationalsozialistische Diktatur - zu ignorieren und damit auch die nationale Singularität dieses historischen Prozesses. Gleichzeitig nimmt der Autor damit eine Verschiebung der durch den Nationalsozialismus bedingten politisch-moralischen Belastung vor: Während bestimmte liberale und linke Strömungen zu Vorläufern des Nationalsozialismus gemacht werden, unterschlägt der Autor die besondere Bedeutung der antidemokratischen und antiliberalen Haltung der konservativen Elite vor und während der Weimarer Republik, die damit ideologisch wie politisch den Weg hin zur NS-Diktatur ebneten.

Eine Apologie des Nationalsozialismus etwa in Form des traditionellen revisionistischen Rechtsextremismus findet sich in Weißmanns Werk nicht: Er behandelt zwar knapp, aber doch eindeu-

tig die Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern (S. 422-432), betreibt also keine Holocaust-Leugnung. Die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wird eindeutig dem Hitler-Regime zugeschrieben (S. 330), es wird also nicht die Kriegsschuld geleugnet; und selbst bezogen auf die Auseinandersetzung um die Interpretation des Angriffs auf die Sowjetunion von 1941 macht Weißmann klar, daß Hitler sich bei dem Entschluß dazu nicht von eventuellen Plänen Stalins hat leiten lassen (S. 374), negiert also ausdrücklich die „Präventivkriegsthese“.

Die Deutschen als Opfer

Es werden zwar in den angesprochenen Fällen die Untaten des Nationalsozialismus nicht abgeleugnet, aber in anderen Fragen läßt sich doch eine deutliche Relativierung und Verharmlosung durch den Autor feststellen. Dafür zwei Beispiele, die sich auf die Einstellung und das Handeln der Bevölkerung bei verbrecherischen Maßnahmen beziehen: Bei der kurzen Darstellung der Ausschreitungen gegen Juden bei der „Reichskristallnacht“ von 1938 betont Weißmann, daß die erhoffte Wirkung in der Bevölkerung ausgeblieben sei, es kaum spontane Beteiligung geben habe und sogar Göring und Himmler gegen diese Aktion gewesen wären. Zwar sagt Weißmann auch, daß es nur selten den Mut gegeben habe, den Bedrängten zu Hilfe zu kommen (S. 312), aber insgesamt ignoriert diese Beschreibung fast völlig die Motive für die Inaktivitäten: In der Bevölkerung stand man antisemitischen Maßnahmen eher positiv gegenüber, lehnte aber einen derartigen „Radau-Antisemitismus“ ab. Die Kreise der NS-Führung fürchteten lediglich finanziellen Schaden oder hielten die Maßnahmen für taktisch verfehlt. Die Beschreibung der Vernichtung der Juden läßt Weißmann mit einem nicht näher kommentierten Himmler-Zitat ausklingen, welches eingeleitet wird mit der Bemerkung, dieser habe erklärt, „daß sich der Kreis der für die ‘Endlösung’ unmittelbar Verantwortlichen auf zweihundert Personen beschränke“ (S. 432). Damit erscheint Verantwortung wie Wissen nur auf eine kleine Minderheit beschränkt, was die tatsächliche Beteiligung der verschiedensten Teile der Gesellschaft an dem Vernichtungsprozeß weitgehend ignoriert. Insgesamt leugnet Weißmann nicht die Massaker an Juden oder Polen, schreibt sie in der Regel aber lediglich der SS zu und berücksichtigt dabei die durch neuere Forschungsergebnisse belegte tiefe Verstrickung der Wehrmacht in derartige Verbrechen nicht.

Die Darstellung mündet gegen Ende nicht zufällig in dem Satz: „Aber niemals zuvor hat ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die doch in seinem Namen begangen wurden“ (S. 470). Hier wird noch einmal exemplarisch der besondere Blickwinkel des Autors deutlich, der eine Verschiebung der Täter-Opfer- bzw. Ursache-Wirkung-Perspektive vornimmt. Das deutsche Volk sieht Weißmann weitgehend als Objekt des historischen Prozesses, das an dessen Auswirkungen zu leiden hatte. Dem ist zweifellos auch so, eine solche Sicht ignoriert aber, daß sich die Nationalsozialisten nicht einfach der deutschen Bevölkerung bemächtigt, sondern diese - wie Weißmann an zahlreichen Stellen seiner Arbeit selbst betont - das Regime in hohem Maße längere Zeit mitgetragen hat. Weißmanns Beschreibungen in dererlei Fragen offenbaren immer wieder dessen nationale Orientierungen, die sich auch in der Form der Darstellung ausdrücken: Während etwa die Verbrechen an den Juden kurz und distanziert geschildert werden, nimmt der Autor bei der Darstellung der Bombardierung deutscher Städte oder Morde der Roten Armee in Ostpreußen die Sicht der Opfer an und beschreibt das Geschehen mit viel Einfühlungsvermögen.

Armin Pfahl-Traugher

Eine Antwort auf die „Junge Freiheit“: **Die Autobahnen im National- sozialismus**

„Aber er hat die Autobahnen gebaut ...“ - dieser Spruch steht für eine unkritische bis verharmlosende Sicht von Hitler und der nationalsozialistischen Zeit auf Stammtisch-Niveau, daß sich ausgerechnet die „Junge Freiheit“ (JF) zwar stilistisch geschliffener, aber argumentativ genauso platt derartiger Aussagen bedient, verdient Beachtung.

In Nr. 14, S. 18 veröffentlichte Dr. Jürgen Mohn, JF-Redakteur für Zeitgeschichte, einen Beitrag zum Thema mit dem bezeichnenden Titel „Die Pyramiden des Dritten Reiches“. Darin heißt es u.a.: Es handele sich um eine der ersten Maßnahmen unter Hitler zur Zentralisierung des Straßen-

wesens. Die Verantwortlichen erhofften sich dabei, einen Abbau der Arbeitslosigkeit, wichtige Impulse für die Kraftverkehrswirtschaft und verwandte Industriezweige sowie einen generellen Aufschwung des Außenhandels. Darüber hinaus sei der Bau der Autobahnen so konzipiert worden, daß er sich harmonisch in die umgebende Landschaft eingliederte. Hitler habe darin für die Ewigkeit konzipierte Kulturdokumente gesehen, welche „wie wohl kein zweites Ereignis den deutschen Aufbauwillen augenfällig verkörperten“. Weiter heißt es wörtlich: „Die Idee entstammt zwar nicht (allein) dem deutschen Nationalsozialismus, aber alle politischen Widerstände und juristischen Hemmnisse wurden im autoritär gewordenen Staat in kürzester Zeit aus dem Weg geräumt und längst bestehende Planungen umgesetzt. Ohne die Leistungen der Bauarbeiter, Architekten, Ingenieure, Geologen, Landschaftsgärtner und der anderen beteiligten Berufsgruppen zu schmälern, bleiben doch in erster Linie die Namen Adolf Hitler und Fritz Todt“ (Anm.: der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen) „untrennbar mit den Reichsautobahnen verbunden“.

Der Text verherrlicht nicht nur den Bau der Autobahnen zur Zeit des Nationalsozialismus, sondern verrät auch eine gewisse Sympathie des Autors für die dahingehende angebliche Entscheidungsstärke Hitlers sowie des ungehemmten autoritären Staates. Darüber hinaus negiert der Verfasser - kein exotischer Gastautor, sondern verantwortlicher JF-Redakteur für Zeitgeschichte - bei seiner apologetischen Darstellung, den wissenschaftlichen Forschungsstand: So gingen die Vorstöße zum Autobahnbau ursprünglich nicht von Hitler oder Todt, sondern von der im August 1933 gleichgeschalteten Gesellschaft zur Vorbereitung der Autobahnen“ aus. Auf deren Mitarbeiter, Erfahrungs- und Planungsmaterial griffen die Nationalsozialisten zurück.

Darüber hinaus ignoriert der Beitrag die militärische Zielsetzung des Autobahnbaus, die, so der Autor, bis 1938/39 nur eine untergeordnete Rolle gehabt habe. Tatsächlich griff die Wehrmachtsführung aktiv in die Trassenführung der Autobahnen ein und sah darin eine strategisch äußerst wertvolle Ergänzung bei der Motorisierung des Heeres im Zuge der Gesamtaufrüstung. Insgesamt handelt es sich um einen Beitrag, der in plattester Form eine Verharmlosung des Nationalsozialismus propagiert und eine Sympathie für autoritäre-antidemokratische Systeme offenbart.

Armin Pfahl-Traugher

Uni-Leitung toleriert
rechte Burschenschaft:

Verbindung mit braunen Flecken

Die Hamburger Burschenschaft „Germania“ setzt ihre rechtsextremen Aktivitäten fort und darf sich dabei sogar eines „Persilscheins“ der Universitäts-Leitung erfreuen. Stein des Anstoßes ist der aktuelle Studienführer, der allen 3000 Erstsemestern zugeht. In dem „Wegweiser für Studienanfänger“ wirbt auch die Burschenschaft „Germania“ mit einer ganzseitigen Annonce.

Die „Germania“ wird vom Hamburger Verfassungsschutz beobachtet, da sie als eine Kaderschmiede für Neonazi- und neurechte Machenschaften dient. Der ASTA der Uni hat daher auch gegen die Verbreitung des Erstsemester-Studienwegweisers protestiert und spricht von einem Skandal. Jörg Lippert, Uni-Pressesprecher, erklärte dazu, daß die Universität mit der Anzeigenaquisition nichts zu tun habe. Diese sei einer Agentur übertragen worden. Nach seinen Worten hatte die Agentur sehr wohl Order, bestimmte Anzeigen abzulehnen (z.B. sexuell anstößige Werbung oder Inserate im Zusammenhang mit Scientology). Auf die „Germania“-Anzeige bezogen meinte er allerdings, daß eine Prüfung des Anzeigenwunsches einer Burschenschaft dem liberalen Geist der Hochschule widerspreche.

Foren für Rechtsextremisten

Der ASTA hat jetzt in einem Informationsblatt über die Umtriebe der „Germania“ aufgeklärt. Nicht genug, daß die Residenz der Burschenschaft zeitweise als Postanschrift für den Jura-Studenten und ehemaligen Hamburger FAP-Landesvorsitzenden Andre Goertz und die FAP diene, im vergangenen Jahr fiel „Germania“ auch wieder durch pikante Vortragsveranstaltungen auf, wobei bekannte Rechtsextremisten als Referenten ein Forum erhielten. So stand zum Beispiel Robert Steuckers aus Belgien Rede und Antwort. Er verfügt über gute Kontakte zum rechtsextremen Vlaams Blok und zählt allgemein zu den Vorden-

kern innerhalb der „Neuen Rechten“. Steuckers fungiert als Herausgeber der Strategiezeitschrift „Vouloir“ und agierte als Übersetzer des 1934 verfaßten Werkes „Frömmigkeit Nordischer Rasse“ - Autor: Rasseideologe Hans F.K. Günter. Gast bei der „Germania“ war auch Stefan Ulbrich, einst Horstführer der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ und zeitweise Mitarbeiter der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Seit 1989 verlegt Ulbrich u.a. Texte von Alain de Benoist, des französischen Vorbilds der „Neuen Rechten“, und von Robert Steuckers. Eingeladen von der „Germania“ wurde zudem Manfred Rouhs aus Köln, der dort für das in der rechtsextremen Szene bedeutsame Organ „Europa Vorn“, das im 9. Jahrgang erscheint, verantwortlich ist. Der 31jährige Rouhs kann auf eine bewegte „braune“ Vergangenheit zurückblicken. Nach Mitgliedschaften bei der NPD und bei den „Republikanern“ hat er jetzt seine (vorläufige?) Heimat bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ gefunden, für die er bis 1994 gar als Kölner Stadtrat wirkte. Mit Thorsten Lemmer, Manager der rechtsextremen Plattenfirma „Dorfmusik“ brachte er das Fanzine „Moderne Zeiten“ auf den Markt.

„Tag der kleinstdeutschen Einheit“

Für die Burschenschaft „Germania“ erklärte Felix Lüdecke jetzt zwar, daß kein Student dieser schlagenden Verbindung einer rechtsradikalen Partei angehöre. Vergessen hat er dabei aber wohl Heiko Pätzmann, der zeitweilig in der Hansestadt stellvertretender Vorsitzender der „Republikaner“ war. Im eigenen Semesterprogramm weist „Germania“ den 3. Oktober übrigens als den „Tag der kleinstdeutschen Einheit“ aus. Auf dem Burschentag der bundesweiten Vereinigung „Deutsche Burschenschaft“ (mit österreichischen Burschenschaften) 1993 in Eisenach stellte „Germania Hamburg“ einen Antrag „gegen die Verwandlung Deutschlands in eine multikulturelle Gesellschaft“. Über Detlef Huber (CDU) hat die Hamburger „Germania“ auch ein Mitglied im derzeitigen Studentenparlament der Uni. Huber zog für die Liste „Uni aktiv“ in das Gremium ein. Vor den Wahlen zum Studentenparlament kritisierte „Uni aktiv“ besonders den ASTA-Haushalt, und dort speziell die Ausgaben für autonome Frauenseminare sowie für die Referate Ökologie, Ausländer und Lesben/Schwulenarbeit.

Horst Freires

Gespaltene Haltung bei der extremen Rechten:

Feindbild Islam

In ihrem Verhältnis zum Islam bzw. Islamismus weist die extreme Rechte in der Bundesrepublik und Österreich eine sehr uneinheitliche Meinung auf. Bei Vertretern der Neuen Rechten finden sich Ansätze, die den „panarabischen Nationalismus“ begrüßen. Innerhalb der herkömmlichen „alten Rechten“ überwiegen jedoch die Stimmen, die im Islam eine Bedrohung Deutschlands und Europa sehen.

In der revisionistischen Zweimonatszeitschrift „Sleipnir“ vom Berliner „Verlag der Freunde“ bejubelt ein Mohammed Said Ende letzten Jahres islamistische Terroristen als „Helden“, die sich geopfert hätten, um „das Volk vom Sklavenjoch zu befreien.“ Propagiert wurde von Said der „Heilige Krieg“. Dieser sei heute „Pflicht“. Dem Westen spricht Said „das Recht auf Führung“ ab, „denn seine Sprüche von Demokratie, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenrechten und Sicherheit sind hohl“. Veröffentlicht ist in der besagten „Sleipnir“-Ausgabe auch die Anzeige eines „Islamischen Verteidigungsrates Europas“.

Die Leserschaft von „Sleipnir“ reagierte empört. Horst Jürgen Schäfer, Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, warf den „Sleipnir“-Machern vor, aus „letztlich für Deutschland und Europa selbstmörderisch-einfältigen Motiven befreiungsnationalistischer Herkunft“ dem Islam positiv gegenüberzustehen. Schäfer weiter: „Nur politische Dilettanten, intellektuell Unterbelichtete und sonstig schwer Gestörte - egal ob ganz gewöhnliche Deutsche oder sogenannte rechte bzw. befreiungsnationalistische Intellektuelle und Politiker - können heute einem Bündnis mit dem Islam das Wort reden.“ Den Islam zählt Schäfer zu den „reaktionärsten Kräften der Welt“ und zur „aktuell schlimmsten Bedrohung Europas“. Apokalyptisch warnte er vor einer „islamischen Eroberung“, die u.a. durch „Asylbetrug“ erfolge. Hierdurch drohe große Gefahr, nämlich die Verlegung der „islamistischen Bevölkerungsexplosion“ nach Europa, die sich hierzulande demographisch katastrophal auswirken werde.

Eine ähnliche Haltung zum Islam vertritt der von vermeintlich Links nach Rechts mutierte Rolf Stolz, ehemals Mitglied des SDS sowie Gründungsmitglied und Bundesvorstandsmitglied der

Grünen. Stolz, Mitbegründer des „Initiativkreises Linke Deutschland-Diskussion“ (LDD) und seit 1990 stellvertretender Vorsitzender des von Alfred Mechttersheimer gegründeten „Friedenskomitees 2000 für Entmilitarisierung, Truppenabzug und Selbstbestimmung“ (Sitz: Starnberg/Obb.), ist Verfasser des in rechten Kreisen hochgelobten Buches „Die Mullahs am Rhein. Der Vormarsch des Islam in Europa“ (München 1994).

Michael Wiechert, Pressesprecher des „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runder Tisch NRW“ und Pressereferent des Landesverbandes NRW der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, (DLVH), schreibt in seiner Rezension für die neurechte Postille „Europa Vorn“ (EV), daß sich das Buch „hervorragend“ eigne, um auch unbedarften Bundesbürgern die Bedrohung Deutschlands und Europas durch den Islamismus klarzumachen.

Diesem Urteil schließt sich auch die monatlich erscheinende österreichische Zeitschrift „Fakten“, die von der Partei „Kritische Demokraten“, einer rechtsextremen Kleinpartei herausgegeben wird, an. Dort heißt es „gelesen und empfohlen“.

„Das Kamel trinkt aus dem Rhein“

Der vierteljährlich erscheinende „Euro-Kurier“ aus dem holocaust-leugnenden Grabert-Verlagskomplex kommt nach dem Studium des Buches zum Ergebnis: „Es wird höchste Zeit zur Gegenwehr für Europa.“

Mit dem Thema „Islam und Islamismus in Europa“ beschäftigt sich Stolz, Referent beim „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW), auch in einem Aufsatz im „Jahrbuch für politische Erneuerung 1995“, herausgegeben vom „Freiheitlichen Bildungswerk“. Stolz: „Auch den heutigen Europäern, die ihr Heimatland, seine Geschichte und Kultur lieben, die sich Selbstachtung und Identität bewahrt haben und weiter bewahren wollen, wird der Kampf gegen jene Kräfte, die Europa kulturell vernichten und es machtpolitisch eliminieren bzw. annectieren wollen, nicht erspart bleiben. Dieser Kampf ist unzweifelhaft ein Mehrfrontenkrieg - gegen selbstzerstörerische Tendenzen wie die in Maastricht proklamierte gelenkte Demokratie eines zentralistisch-bürokratischen Bundesstaates Kleineuropa, aber auch gegen äußere Faktoren wie das Hegemoniestreben der USA oder die islamistische Expansion.“

Widerstand leisten will auch der notorische Neonazi Walter Ochensberger, Gründer und Kopf der

„Nationalfreiheitlichen Gefangenenhilfe“, einer „Nationalfreiheitlichen Projekt- und Ideenwerkstatt“ sowie eines „Nationalfreiheitlichen Pressearchivs“. In seinem Magazin „Phoenix“, einer Neuauflage seiner antisemitischen Hetzpostille „SIEG“, orakelt der Österreicher Ochensberger am Beispiel einer Prophezeiung des Arztes Nostadamus, ob „das Kamel bald aus dem Rhein trinken wird“.

Seine Auffassung zum Islam hat Ochensberger beim Studium des Buches „Der Islam wird uns fressen“ des Schweizer Beat Christoph Bäschlin, gewonnen. Dieses Buch wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wegen „Aufstachelung zum Rassenhaß“ indiziert. Sein Verfasser, u.a. auch Autor in der neuheidnischen Schrift „Pen Tuisko“, verdient dafür, so die „Junge Freiheit“, eine „Ehrung“.

Wider dem „amerikanischen Imperialismus“

„Unsere Lauheit“ trägt „ein gehöriges Maß an Mitschuld an der rasanten Ausbreitung des Islam“ bei, verkündet Heinz-Lothar Barth in der österreichischen Zeitschrift „Die Umwelt“, deren hauptsächliche Inhalte die Infragestellung und Leugnung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sowie die positive Darstellung hoher NS-Funktionäre sind. Barth ist Leiter des Bonner Studentenkreis des deutschen Distrikts der ultrarechten „Priesterbruderschaft St. Pius X“. Diese wurde 1969 von dem französischen Erzbischof Marcel Lefebvre, einst Haupt der katholischen Traditionalisten, ins Leben gerufen.

Ein eher positiv geprägtes Islam-Bild wird im Regelfall in der „Jungen Freiheit“ verbreitet. So ging der neurechte belgische Ideologe Robert Steuckers, Herausgeber der Zeitschriften „Orientations“ und „Vouloir“ in einem ganzseitigen JF-Artikel der Frage „Islam und Europa - Verbündete?“ nach. Steuckers führt aus, daß wir „arabisch-muslimische Alliierte“ benötigen, um „auf dem internationalen politischen Schachbrett handlungsfähig zu bleiben“. Begrüßt wird von ihm der „panarabische Nationalismus“, der sich dem „amerikanischen Imperialismus“ widersetze. Ebenso angetan ist Steuckers von der „Kultur der Gemeinschaften“, die sich in den islamischen Ländern erhalten haben will. Hier will Steuckers anknüpfen und träumt von der „Wiederherstellung eines gemeinschaftsorientierten Rechts“. Für Steucker „ein Recht, das sich eher an den alten

Regeln orientiert, in der die Gemeinschaft im Mittelpunkt steht und das den Regeln seiner modernen Derivate, des Individualismus und des Kollektivismus widersteht.“

In der JF, dem Sprachrohr von Antiwestlern und Streibern wider die universalen Menschenrechte, findet sich auch der Nachdruck eines Interviews der ägyptischen Wochenzeitung „Al-Ahram“ mit Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah. Darin verkündet der islamistische Terrorist als zweitwichtigstes Ziel: „Abrücken von den dominanten USA“.

Auf wenig Sympathie stößt der Islam in „Nation+Europa“ (NE). Dort bestimmt ein Wolfgang Steinmann, der nach Angaben von NE „bis vor kurzem als Richter im Dienst“ war, den Islam als Feindbild: „Es liegt im Wesen von Kulturen, die auf ihren eigenen ethischen Werten herumtrampeln und sich in zerredender Dekadenz über ihre eigene Religion ergeben, genauso wie im Wesen ihrer Vertreter, selbst niemandem Feind, so daß sie ihre Feinde nicht einmal mehr erkennen.“

Bewundert wird von ihm dagegen Rüdiger Graf von Starhemberg, der „Retter des Abendlandes“ („Deutsche National-Zeitung“), der 1683 die türkische Streitmacht vor Wien vernichtend schlug. Zum gleichen Thema äußerte sich Steinmann in „Europa Vorn“: „Damals wußten die Menschen noch, wofür sie kämpften. - Jetzt hat die europäisch-türkische Zollunion (...) den Türken die Tore Wiens aufgestoßen.“ Doch, so fährt Steinmann fort: „Noch immer lohnt es sich aber (..), das Abendland zu verteidigen.“ Anton Maegerle

HINWEIS

Dachau - Vom 26. Juli bis 17. August dieses Jahres findet das 14. Internationale Jugendbegegnungszeltlager in Dachau statt. Das Zeltlager, das seit 1983 jährlich stattfindet, bietet Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus aller Herren Länder Gelegenheit zum Kommunikations- und Erfahrungsaustausch. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Alter von 15 bis 30 Jahren werden neben einem umfangreichen Informations- und Gestaltungsprogramm u.a. Gespräche mit Zeitzeugen und Gedenkstättenführungen angeboten. Anmeldung bei: Kreisjugendring Dachau, Augsburgstr. 46, 85221 Dachau, Tel. 08131/79244, Fax. 08131/72398.

Aus dem aktuellen Verfassungsschutz

Neue Wege in NRW

„Rechtsextremistische Parteien und Neonazis haben an Bedeutung verloren, die Aktivitäten intellektueller Rechtsextremisten der sogenannten >Neuen Rechten< haben zugenommen“, dies erklärte NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes des Landes Nordrhein-Westfalen für 1995 Ende April.

Rückläufig ist danach die Zahl der in 1995 begangenen fremdenfeindlichen Straftaten mit 654 Vorfällen (1994: 1.038; 1993: 2.385); die Gewalttaten, darunter ein Tötungsversuch, 98 Körperverletzungsdelikte, zehn Brandanschläge sowie 30 gewalttätige Sachbeschädigungen sind auf insgesamt 139 (1994: 221) Vorkommnisse zurückgegangen. Stark angestiegen ist allerdings die Zahl der Erwachsenen unter den Straftätern auf 62,5 Prozent; von den insgesamt ermittelten 438 Tatverdächtigen waren 174 (= 39,7 Prozent; 1994: 31,2 und 1993 24,8 Prozent) älter als 30 Jahre, 47 Personen 25 bis 29 Jahre, und 53 davon 21 bis 24 Jahre alt.

Das Mitgliederpotential rechtsextremistischer und neonazistischer Organisationen und Gruppierungen hat sich 1995 auf rund 6.300 (1994: 7.440) Personen verringert. Den Löwenanteil macht dabei der Schwund bei den „Republikanern“ auf 1.700 (1994: 2.500) und der „Deutschen Volksunion auf 3.000 (1994: 2.500) Mitglieder aus. Stagnation zeigt sich bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und der NPD, die jedoch mit 160 bzw. 600 (650 im Vorjahr) Personen ohnehin eher bedeutungslos sind. Lediglich bei der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ läßt sich ein geringfügiger Zuwachs auf 40 Mitglieder (1994: 30) verzeichnen; was aber damit zusammenhängen dürfte, daß sich die Neonazis in NRW heute zunehmend bei den JN und der „Sauerländer Aktionsfront“ (rund 60 Anhänger) konzentrieren. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten ist auf 400 (1994: 350) Personen angewachsen, als sonstige Neonazis tummeln sich 180 (1994: 160) Aktivisten.

Einen Schwerpunkt legt der NRW-Verfassungsschutzbericht 1995 auf die Aktivitäten der sog. „Neuen Rechten“, deren Darstellung über 20 Seiten gewidmet werden. Neben der „Jungen Freiheit“ sind ihr nach den Erkenntnissen des Verfassungs-

schutzes die Publikationen „Staatsbriefe“, „Sleipnir“, „Europa Vorn“, „Nation+Europa“, „Einheit und Kampf“ (aus dem Umfeld der JN) sowie die „Gesellschaft für Freie Publizistik“ und die „Deutsch-Europäische Studiengesellschaft“ zuzurechnen.

Erstmals Eingang in einen Verfassungsschutzbericht fand auch die Scientology-Organisation, wobei NRW darauf dringt, die „ausbeuterische und grundgesetzwidrige Vereinigung“ (Kniola) bundesweit durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Rückgang in Bayern

Aus Bayern läßt sich nach offiziellen Verlautbarungen des Landesamts für Verfassungsschutz Erfreuliches vernehmen. Das rechtsextremistische Potential insgesamt ist auf 7.785 Personen (1994: 9.510) geschrumpft. Die einstmals im Freistaat mitgliederstarken Parteien „Republikaner“ und DVU befinden sich mit 4.000 (1994: 5.000) bzw. etwa 2.000 (1994: 2.800) Mitgliedern im rasanten Abwärtstrend. Rückgang ist auch bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ auf 150 (1994: 200) Personen zu verzeichnen. Lediglich die NPD konnte mit 790 Anhängern (800) ihren Stand nahezu halten, die JN gewannen danach fünf neue Mitglieder. Nach unten entwickelt hat sich laut bayerischem Verfassungsschutzbericht für 1995 auch die Auflagenhöhe der Frey-Gazetten „Deutsche National-Zeitung“ mit etwa 35.000 (1994: 42.000) und „Deutsche Wochen-Zeitung“ mit rund 20.000 (1994: 25.000) Exemplaren. Eine leichte Aufwärtsentwicklung konstatierte der Verfassungsschutz bei der in München ansässigen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ auf bundesweit 500 Personen (1994: 420), davon 40 in Bayern.

Die Zahl der Neonazis in Bayern betrug Ende 1995 rund 110 (1994: 140); 65 Personen (1994: 100) davon waren organisiert. Weiterhin wurden 325 rechtsextremistische Skinheads gezählt. Rückläufig war 1995 mit insgesamt 755 Vorfällen (1994: 1.024) die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten.

Militante in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten auf 849 Vorfälle (1994: 777) angestiegen, zurückgegangen sind allerdings die Gewalttaten mit 76 (1994: 108) Vorkommnissen in 1995; über die Hälfte davon, 39 (1994: 54), mit fremdenfeindlicher Motivation. Bei

den Gewalttaten handelte es sich im einzelnen um zwei versuchte Tötungsdelikte, zwei Brandanschläge, 13 Landfriedensbrüche, 42 Körperverletzungen und 17 Sachbeschädigungen. Von den insgesamt 849 rechtsextremistischen Straftaten hatten 42 eine antisemitische Zielrichtung. Auffällig hoch ist der Anteil der Jugendlichen unter den 581 bekannt gewordenen Tatverdächtigen: 35 Prozent davon waren unter 18 Jahre alt; davon 14 Prozent jünger als 16 und 21 Prozent zwischen 16 und 17 Jahren. Zur Altersgruppe der 18 bis 20jährigen gehörten 29 Prozent, 21 Prozent waren 21 bis 24 Jahre, acht Prozent 25 bis 29 Jahre und sieben Prozent über 30 Jahre alt.

Von der bundesweit mit 6.200 Personen beziffernten Anzahl militanter Rechtsextremisten sind 600 in Sachsen-Anhalt aktiv. Die neonazistischen Organisationen „Die Nationalen“ und „Kameradschaft Elbe-Ost“ versuchen insbesondere Einfluß auf die Skinhead- und Hooliganszene zu gewinnen. Verschiedene Aktionsbündnisse und Gruppierungen, die sich seit 1994 zur „Harzfront“ zusammengeschlossen haben, arbeiten eng mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen wie der NPD und den JN zusammen. Aus der Szene bekannte Anti-Antifa-Aktivitäten werden von den Neonazi-Kadern Steffen Hupka aus Quedlinburg und den im Raum Naumburg/Saale agierenden Ilias Casteas gesteuert.

Weitgehend bedeutungslos sind in Sachsen-Anhalt die rechtsextremistischen Parteien: DVU und DLVH haben jeweils 50, die NPD hat 60 Anhänger. Die „Republikaner“ verfügen noch über einen - rückläufigen - Mitgliederbestand von 450 Personen.

Informelle Strukturen in Thüringen

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Thüringen ist von 477 (1994) auf 733 Vorfälle in 1995 deutlich angestiegen, zugenommen hat ebenfalls der Anteil der Gewalttaten darunter mit 53 (1994:41). In 22 (1994:7) Fällen war die Gewalt gegen politische Gegner gerichtet, ein Todesopfer war zu beklagen, in elf (15) Fällen fremdenfeindlich motiviert. Die fremdenfeindlichen Straftaten waren mit 47 (62) Vorkommnissen insgesamt zwar rückläufig, häufiger ereigneten sich dafür antisemitische Straftaten, die auf 26 (15) anstiegen, darunter eine Gewalttat.

Die neonazistische Szene ist weitgehend unorganisiert und besteht mehr aus informellen Gruppen wie „Thüringer Heimatschutz“, „Kameradschaft

Jena“ etc., die mit den aus Brandenburg agierenden „Nationalen“ zusammenarbeiten. Das rechtsextremistische Potential wird mit insgesamt rund 1.000 Personen beziffert, davon gehören zwischen 300 und 350 den Parteien an. Die „Republikaner“ werden auf 200 bis 250 Mitglieder geschätzt, die NPD verfügt über rund 50. Der Mitgliederstand der DVU in Thüringen wird mit unter 50 vermutet, die DLVH ist als Partei organisatorisch nicht vertreten. Der Verfassungsschutz konstatierte, daß der „1. Runde Tisch“ vom Juni 1995 auf Initiative der Thüringer REP zustandegekommen sei.

Who is who im Datennetz

Die Aktivitäten von rechten und rechtsextremen Gruppen im INTERNET haben in jüngster Vergangenheit sprunghaft zugenommen. Der „blick nach rechts“ beginnt in dieser Ausgabe mit einer Übersicht über ultrarechte und rechtsextremistische bundesdeutsche Gruppierungen und Organisationen, die sich im INTERNET tummeln. Die Zusammenstellung wird in unregelmäßigen Abständen fortgesetzt:

- „Der Aufbruch“
Initiator: Funktionäre und Aktivisten der JN/NPD-Augsburg; maßgeblich: Konrad Weber, Dietmar Köhler und Ernst Ellert
- „Nationaler Informations-Dienst Deutschland“
Initiator: Jens Siefert c/o NPD Hamburg
- „Nationales Info-Telefon“ (NIT) Hamburg
Initiator: NIZ-Verlag Hamburg, Inhaber: Andre Goertz
- „Konservativer Gesprächskreis Hannover e.V.“
Initiator: Leser und Freunde der „Jungen Freiheit“; maßgeblich: Hajo Baumbauch
- „Bund Freier Bürger“ (BfB)
- „Deutschland-Bewegung“
Initiator: „Friedenskomitee 2.000“; maßgeblich: Alfred Mechtersheimer
- „Kritik“

Für deutschsprachige Kameraden von besonderem Interesse:

- „The Zündelsite“

BÜCHERSCHAU

Beklemmende Erinnerungen

Die vorliegenden Erinnerungen hat der Verfasser von 1940 bis September 1941, gedrängt von der „Katastrophe unserer Tage“ (545) zu einem Manuskript von über 1000 Seiten diktiert. Als Historiker war er sich der beispielhaften Aussagekraft seines Lebensweges bewußt sowie der Pflicht, das Wissen aus seinen umfangreichen Forschungen über Judentum und jüdische Geschichte Schlesiens an „spätere Generationen“ (357) weitergeben zu müssen.

1888 als Sohn eines aus der Provinz Posen eingewanderten, in Breslau zu Wohlstand und Ansehen gekommenen Kaufmanns geboren, wählte Cohn den Beruf des Historikers und widmete sich mit Leidenschaft seinen geschichtlichen Forschungen. Vier Jahre Kriegserlebnis als jüdischer Frontsoldat brachten den Zusammenbruch seines Ideals einer „Vereinigung von Deutschtum und Judentum“ (272) und beförderten seine „jüdische Entwicklung“. Denn er mußte einsehen, daß „alle die Opfer, die unsere Gemeinschaft brachte, umsonst“ waren. „Ich war in den Krieg gezogen, zwar gewiß schon als bewußter Jude, aber doch als Vertreter der Assimilation, nämlich als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Unter dem Eindruck dessen, was man draußen erfuhr, wurde ich im Laufe der Kriegsjahre ...nach sehr langem und ernstem inneren Kampfe Zionist“ (225).

Das zweite innere Erlebnis neben dem Zionismus wurde der Sozialismus. „In gewissem Sinne standen beide in engster Verbindung ...So wie ich in der Erziehung zum Zionismus die große Aufgabe für den Juden erblickte, so in der Erziehung zum Sozialismus für die Menschheit im allgemeinen“ (272).

Diesen beiden Themen widmete sich Cohn in den 20er und 30er Jahren neben seiner Berufstätigkeit am Breslauer Johannesgymnasium. Er wirkte in der Erwachsenenbildung, in den Jüdischen Logen, unternahm Vortragsreisen in Schlesien und nach Ostpreußen.

Das Verzeichnis seiner Schriften umfaßt 500 Nummern; darunter befinden sich die zahlreichen, zur Unterrichtung der Jugend verfaßten Monographien bekannter Gestalten der Geschichte sowie des Sozialismus und des Zionismus; letztere wurden dem Feuer übergeben. Anschaulich weiß Cohn vom Lokalgeschehen zu berichten und von seinen zahlreichen Kontakten zu Persönlichkeiten des jüdischen öffentlichen Lebens, die nun, 1941, „unter die Überschrift gehören: „‘Verwehte Spuren’“ (468).

Der zionistische Gedanke schlug ihn seit 1919 so in seinen Bann, daß er „kaum einen jüdischen Vortrag halten konnte, ohne am Schluß darauf hinzuweisen“ (274). Konsequentermaßen traten seine drei älteren Kinder den zionistischen Jugendverbänden bei, lernten Hebräisch und wanderten als Jugendliche in den 30er Jahren nach Erez Israel aus. Willy Cohn selbst hat 1937 eine Palästinafahrt unternommen, kehrte aber nach Breslau zurück; denn sein „Zionismus ...hatte so gar nichts mit einer persönlichen Rettung zu tun“ (274), zudem fühlte er seine „Verankerung in der Wissenschaft“ und in der deutschen Kultur, und daß es eigentlich seine Sendung sei, wie Moses den Weg zu weisen, ohne ihn selbst zu gehen (653).

Hier sah er nicht düster genug. Zwar erkannte er die vielfältigen Zurückweisungen, die er als Patriot, Lehrer und Forscher erdulden mußte, und daß den Juden trotz aller verdoppelten Anstrengungen die Anerkennung als Mitbürger versagt blieb. In diesem Streben nach Teilhabe und Anerkennung wurde ihm zum Verhängnis, daß er gerade als „leidenschaftlicher Freund schlesischer Geschichte“ (464) sich solche affektiven Bindungen an seinen Gegenstand verschafft hatte, daß ihm eine Loslösung nicht mehr gelang. Weil er sich so intensiv um die „engere Heimat“ mühte und bewies, „von welcher Liebe der Jude auch zu dem Lande sein kann, in dem er lebt“ (464), hatte er Ende 1941 keine Chance mehr. Mit seiner Frau und den beiden jüngeren Kindern wurde er am 21. Nov. 1941 verhaftet und im ersten Eisenbahntransport von 1000 Breslauer Juden nach Kaunas in Litauen zur Exekution gebracht. Wenigstens diese Erinnerungen und seine Tagebücher konnte er nach einem vorher mit Verwandten abgesprochenen Plan retten.

Willy Cohn hat seine Autobiographie bis zum Jahre 1933 und bis zu seiner Entlassung aus dem Staatsdienst vorantreiben können. Zum Zeitpunkt der Niederschrift, 1941, war er sich darüber im klaren, „daß das Judentum einer Katastrophe von ungeahntem Umfang entgegensteuerte“ (650). Wie sich diese Katastrophe ab 1933 weiter vorbereitete, am selben Ort und z.T. unter denselben Personen - dazu gibt das „Breslauer Tagebuch. 1933 - 1940“ von Walter Tausk (jetzt wieder bei Reclam Leipzig neu aufgelegt) Auskunft: eine beklemmende Fortsetzung. Auch er gehörte

zu den Heimatliebenden, Abgewiesenen - und wurde mit demselben Transport Breslauer Juden vom 25. Nov. 1941 nach Litauen gebracht wie Willy Cohn und seine Familie.

Heidrun Meier-Ewert

Willy Cohn: Verwehte Spuren, Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang. Hrs. von Norbert Conrads. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 1995 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte Bd. 3), 776 Seiten. Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern. 148 Mark.

Israel vor den Wahlen

Die unlängst in Kairo, begleitet von neuen Hisbolla-Angriffen im Südlibanon, geführten Gespräche haben die Hilflosigkeit der wichtigsten Partner im Nahost-Friedensprozeß - Ägypten, Palästina und Jordanien - und ihre schicksalhafte Angewiesenheit auf Israel deutlich gemacht: nur wenn die Israelis am 23. Mai eine Regierung wählen, die die Fortsetzung des Friedensprozesses garantiert, sprich Shimon Peres bestätigen, hat die Regierung eine Chance. Andernfalls droht sie im Chaos zu versinken ähnlich dem Libanon. Die Schlüsselrolle kommt außer Israel vor allem Syrien zu, dessen Staatsführung noch nicht überzeugt scheint, daß die Fortsetzung eines fundamentalistischen Terrorismus die Eskalation für den hoffnungsvoll angelauten Friedensprozeß bedeuten würde, auf die die israelische Armee mit mindestens derselben Härte reagieren würde. Die Bedrohung für Israel kommt freilich nicht nur von außen, sie kommt auch von einer extremistischen Rechten im eigenen Land.

Israel steht immer noch unter dem Eindruck des Mordes an Premierminister Itzhak Rabin am 4. November 1995. Obwohl Igal Amin, Einzeltäter war, bedeutet der Mord den vorläufigen Höhepunkt eines Entfremdungsprozesses eines großen politischen Lagers, der radikalen Rechten. Dies ist Kernthese, die Prof. Ehud Sprinzak in St. Augustin auf einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Deutsch-israelischen Gesellschaft veranstalteten Seminar vortrug. Der Mord hat, so Sprinzak, die Rechte traumatisiert, hatte sie es doch nicht für möglich gehalten, daß jahrelange verbale Gewalt in

Mord umschlagen könnte. Seit der Tat sind die Spruchbänder mit aggressiven Parolen gegen den Friedensprozeß aus der Öffentlichkeit verschwunden, Nachdenklichkeit ist eingekehrt und gegenüber dem biblisch begründeten Kampf um Erez Israel stehe jetzt die Einheit der Nation im Vordergrund.

Die radikale Rechte geht zurück auf das Ende des Sechs-Tage-Kriegs 1967. Es gab kaum Verbindungen zu der in den 30ern bestehenden, am Faschismus Mussolinis orientierten Vorläuferbewegung. Demgegenüber war die neue Rechte religiös orientiert, die Eroberung der Territorien wurde als Geschenk Gottes an sein auserwähltes Volk verstanden. Ihr religiöser Ultranationalismus mußte zwangsläufig in Gewalt führen. Die Sprecherrolle fiel zunächst Gush-Emunim zu, der die Gebiete durch ein Netz jüdischer Siedlungen an Israel zu binden gedachte. Sicherheitsdenken dominierte und für Araber und ihre Rechte war deshalb kein Platz. Die freilich begannen gegen die israelische Besetzung zu revoltieren, es entstand palästinensischer Terrorismus. Dies brachte den amerikanischen Rabbiner Meir Kahane auf den Plan, nach Sprinzak eine faschistische Organisation, die mit zunehmender Gewalt tonangebend in der extremen Rechten wurde. Der Prozeß kulminierte, als der Likud-Premier Menachim Begin im Camp-David-Abkommen 1978 die Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgab und die Linke unter Shimon Peres und Itzhak Rabin systematisch auf eine Politik des Tausches von Frieden gegen die Gebiete hinarbeitete. Das Abkommen von Oslo 1993 bedeutete aus der Sicht der extremen Rechten die Preisgabe heiligen Landes und Verrat am Glauben. Sprinzak bedauerte, daß Hinweise auf einen Mord nicht ernstgenommen wurden, gleichwohl schien es undenkbar, daß ein Jude einen Glaubensgenossen umbringt.

Klaus Henning-Rosen

Kämpfer für eine neue Zeit- geschichte

Am 17./18. Mai führte die ZFI im Großen Saal des Kolpinghauses zu Würzburg ihre Frühjahrstagung durch. Als Referenten waren Dr. Hans Pause („Die 3 Währungsreformen in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts“) und Prof. Heinrich Beisse („Hintergründe und Probleme des Maastricht-Vertrages“) geladen.

Die ZFI (Jahresmitgliedsbeitrag: 60 Mark), laut „Ostpreußenblatt“ eine „unentbehrlich gewordene Institution“, wurde 1981 von sieben „Aufrechten“ („Criticon“) als Konkurrenz zum seriösen Münchener Institut für Zeitgeschichte ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt der ZFI-Bemühungen steht der Versuch, das nationalsozialistische Terrorregime und dessen Verbrechen zu verharmlosen. Heute zählt der Verein, der sich neben Halbjahrestagungen auch als Mitveranstalter an Vortragsabenden befreundeter Vereine betätigt, ca. 750 Mitglieder.

Seit der Gründung wird die ZFI wohlwollend von rechtsextremen Periodika wie „Mensch und Maß“ aus dem Hause der deutsch-völkischen Sekte „Bund für Gotterkenntnis“, den NS-apologetischen „Huttenbriefen für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ und „Nation+Europa“ begleitet. Die „Junge Freiheit“ bejubelt, daß die ZFI, die bisher jährlich mit 2.000 Mark von der Ingolstädter Kommune bezuschußt wurde, der „Historiographie aus dem Ghetto der Siegesgeschichtsschreibung“ verhalf.

„Der offiziösen, vom Steuerzahler finanzierten Zeitgeschichtsforschung haftet ein Rüchlein an, weil sie in der Vergangenheit öfters der Versuchung nicht widerstand, Wissenschaft mit Volkspädagogik und Gesinnungsaufsicht zu verschneiden, so daß ein Deutscher heute zwar vom Lieben Gott halten kann, was immer er will, sich hingegen gezwungen sieht, an bestimmte zeitgeschichtliche Daten zu glauben. Es ist daher nur zu begrüßen, wenn die beamtete durch eine freie Zeitgeschichtsforschung ergänzt wird“ - so lobte „Criticon“ die ZFI.

Unregelmäßig veröffentlicht die ZFI sogenannte „Informationen“ (Auflage: 2.000 Exemplare). Verantwortlich für deren Inhalt zeichnet u.a. der bayerische Notar Heinz Nawratil (geb. 1937),

Autor in der Reihe „Deutsche Geschichte“ (Verlagsgemeinschaft Berg >VGB<) und beim Tübinger Hohenrain-Verlag.

Seit mehreren Jahren verleiht die ZFI die von Walter Eckhardt, einem der „Ur-Gründer“ und „großzügigsten Förderer“ der ZFI, gestiftete „Ehrengabe für die Zeitgeschichtsforschung“. Der Preis ist mit 10.000 Mark dotiert und würdigt nach dem Willen seines zwischenzeitlich verstorbenen Stifters die „forscherliche Leistung eines Wissenschaftlers auf dem Gebiet der Zeitgeschichte“. Geehrt wurden beispielsweise Joachim Hoffmann und Walter Post (vgl. BNR 9/96).

Bundesverdienstkreuzträger

Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ ist der Historiker Alfred Schickel (geb. 1933), einer der „führenden Geschichtsrevisionisten auf wissenschaftlichem Gebiet“ (Hans-Gerd Jaschke).

Für seine deutschtümelnde Grundhaltung wurde Schickel, über 20 Jahre hinweg Vorsitzender des Katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt, mit dem „Kulturpreis für Wissenschaft“ der „Sudeten-deutschen Landsmannschaft“ ausgezeichnet. Des weiteren ist Schickel Träger des Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik. „Nation+Europa“ bescheinigte dem so Geehrten, daß er mit „unermüdlichem Fleiß und akribischer Quellenbehandlung stets gesamtdeutsche und zeitgeschichtliche Belange vertreten hat.“ Publizistisch kämpfte oder kämpft Schickel in folgenden Blättern: „Junge Freiheit“, „Der Schlesier“, „Europa Vorn“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Deutschlandjournal“ (Organ der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“), „Europa“, „Ostpreußenblatt“, „Deutsche Geschichte“ sowie „Criticon“. In „Criticon“ sorgte Schickel schon 1981 mit seinem Artikel „Zur >Sinti<-Frage. Merkwürdige Übertreibungen in der deutschen Zeitgeschichte“ für Furore, als er die Ermordung von 500.000 Sinti und Roma während der Nazi-Barbarei als „neueste Zahlenfiktion“ abtat. Nachgedruckt werden Schickels Ausführungen auch in der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, der publizistischen Stimme der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG).

Ende der 80er Jahre hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) Schickel für sein Wirken den sogenannten „Kriegspreis“ verliehen.

Anton Maegerle

Tagebuch

Bad Berleburg - In der neuesten Ausgabe der Neonazi-Postille „Freie Stimme“ (Postfachadresse in 57319 Bad-Berleburg) meldet sich der Neonazi Thomas Brehl, um den es in den letzten Jahren reichlich ruhig geworden ist, zu Wort. In einem zweiseitigen Beitrag fordert Brehl seine Kameraden zur Solidarität mit dem inhaftierten „Chef“ (so Brehl) Gary Lauck der NSDAP/AO auf. Brehl, ehemals Adlatus von Michael Kühnen, wurde im April 1992 von der Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichts wegen Rädelsführerschaft in einer verbotenen neonazistischen Vereinigung („Gesinnungsgemeinschaft >Neue Front<“, in der Teile der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten >ANS/NA<“ aufgegangen sind) zu einem Jahr Haft mit Bewährung verurteilt.

Berlin - Der dritte ordentliche Bundesparteitag des rechtslastigen „Bundes Freier Bürger“ am ersten Maiwochenende in Berlin hat Manfred Brunner in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Zu Brunners Stellvertretern wurden Rolf-Dieter Gmeiner, Regina von Schrenck-Notzing, Wolfgang Hacker und Franz-Ulrich Willeke bestimmt.

Berlin/Hamburg - Zur Neugestaltung der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (Hamburg) hat die Redaktion des Vertriebenenblatt zahlreiche positive Zustimmungen bekommen. Gratulationswünsche gingen auch von Dieter Stein, dem Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ (Berlin) ein.

Bonn - Ende 1994 sind 18.811 Personen Mitglieder bei den „Republikanern“ gewesen. Das Reinvermögen dieser Partei habe sich zum gleichen Zeitpunkt auf über 1,48 Millionen DM belaufen. So nachzulesen im zweiten Teil der Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der politischen Parteien für das Kalenderjahr 1994, der jüngst vorgelegt worden ist. Die NPD gibt die Zahl ihrer Mitglieder zum Jahresende 1994 mit 3.346 Personen bei einem Reinvermögen von knapp 1,1 Millionen DM an. Ende 1994 hatte die „Bayernpartei“ 1.405, der „Bund Freier Bürger“ 702, die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ 1.384, die „Deutsche Volksunion“ 22.186, die „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ 47 Mitglieder.

Bonn - Bei den Wahlen zur XI. Bundesversammlung der stramm rechten Sudetendeutschen Lands-

mannschaft wurden u.a. Werner Nowak, Gründungsmitglied der „Deutschen Volksunion e.V.“ (DVU) und des rechtsextremen „Deutschen Seminars“ sowie Siegfried Zoglmann, einst Amtschef in der NS-Reichsjugendführung im Range eines Gebietsführer-Chefs der Befehlsstelle Böhmen und Mähren und heute Funktionär des revanchistischen „Witiko-Bundes“, zu Mitgliedern gekürt. Der Sudetendeutschen Bundesversammlung gehört auch wieder Günter Reichert, der seit dem 1. August 1992 der Bundeszentrale für politische Bildung als Präsident vorsteht, an. Reichert, einstiger Büro-Chef von Alfred Dregger (heute: Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitunterzeichner des „Berliner Appells“), ist zugleich Bundesbruder der „Deutschen Gildenschaft“, einer elitären Kleinstgemeinschaft innerhalb des deutschen Korporationswesens, die auch eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ spielt - so kommt ein hoher Anteil der Autoren aus der Gildenschaft oder ist ihr eng verbunden. Die „Deutsche Gildenschaft“ definiert sich selbst als einen Verband, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen.“

Dresden - Unter der Bezeichnung „Baphomet“ bietet ein in Dresden ansässiges Antiquariat, dem ein Versandhandel angeschlossen ist, eine nahezu einzigartige Zusammenstellung von Büchern aus dem Spektrum rechtsextreme Esoterik / Okkultismus / Satanismus / Neuheidentum / Magie / Geomantie/ Hexenkult / Geheimgesellschaften / Runen, Germanen, Kelten an. Ebenso ist die gängige Thule-Literatur (Wilhelm Landig, Russell McCloud) im Angebot. Vertrieben werden auch Publikationen aus dem ehemaligen Ludendorff-Verlag.

Frankfurt - In Frankfurt hat sich ein „Bürgerbündnis Für Frankfurt“ (BFF) konstituiert, das an der Kommunalwahl 1997 teilnehmen will. Zusammengeschlossen haben sich im BFF die „Freie Wählergruppe Bürger Für Frankfurt“ und der örtliche Verband des „Bundes Freier Bürger“ (BFB). Erster Vorsitzender des BFF ist Wolfgang Hübner (Bürger Für Frankfurt), 2. Vorsitzender Peter Stegwald (Bund Freier Bürger).

Freising/Bayern/Torun-Polen - Deutschsprachige neonazistische Propaganda wird neuerdings

auch von Polen aus verschickt - so praktiziert vom „Tonträgervertrieb“ von Jens Pühse (einst Mitglied der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Front“), der eigentlich seinen Sitz im bayrischen Freising hat.

Haiterbach bei Calw/Baden-Württemberg - Unbekannte haben in Haiterbach im Kreis Calw einen jüdischen Friedhof geschändet. Mehrere Grabsteine wurden umgeworfen und mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

Henstedt-Ulzburg - Mit der Veröffentlichung einer Serie zum Themenfeld „Germanische Mythologie“, Teil I „Odin“, hat der seit Dezember 1994 erscheinende „Bramfelder Sturm“, für den ein „Rainer Krause“ von der neonazistischen „Patriotischen Jugend“ (Postfachadresse: Henstedt-Ulzburg) verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes zeichnet, in Heft Nummer 8 begonnen. Veröffentlicht ist in der Ausgabe auch ein Interview mit Thomas Wulff, zuletzt Bundesvorsitzender der im Februar 1995 verbotenen „Nationalen Liste“ (NL). Wulff, Szenename „Steiner“, begann seine braune Politikarriere 1978, als er zu organisierten Kameradenkreisen der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) bzw. der NSDAP/AO stieß. Heute führt Wulff seinen „politischen Kampf“ („Bramfelder Sturm“) als Beisitzer im Landesvorstand der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) in Hamburg.

Kaunas (Litauen) - In der litauischen Stadt Kaunas wurde eine Gedenkstätte, die an die Ermordung von 40 000 litauischen Juden durch die Nazis erinnert, geschändet. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Litauens, Simonas Alperavicius, beklagte, daß die Regierung nichts gegen solche Vorfälle unternehme. Am 20. April sei die Wand des jüdischen Jugendhauses in Wilna mit Hakenkreuzen und der deutschen Aufschrift „Juden raus“ beschmiert worden. Nach Angaben von Alperavicius wurden zum Jahreswechsel in Wilna, Kaunas und in kleineren Städten jüdische Grabsteine und Holocaust-Gedenkstätten entweiht.

Kopenhagen/Hamburg - Vier Aktivisten der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB) haben anlässlich der Prozeßeröffnung gegen Gary Rex Lauck am 9. Mai das Goethe-Institut in Kopenhagen besetzt. Nach eigenen Angaben wollten die Neonazis damit gegen den Hamburger Prozeß protestieren.

Landshut/Bayern - Mit Anzeigen, u.a. in „Nation+Europa“ (NE), macht der im bayrischen Landshut ansässige Patria-Versand auf sich aufmerksam. Geschäftsführer ist der einstige REP-Parteifunktionär und spätere Parteifunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) Franz Glasauer. Die Bearbeitung der Bestellung obliegt dessen Ehefrau Andrea.

Mainz - In Rheinland-Pfalz hat es in den ersten drei Monaten des Jahres 1996 einen erheblichen Anstieg an rechtsextremistisch motivierten Straftaten gegeben. Nach Angaben von Justizminister Peter Caesar wurden von Januar bis Ende März 106 Vorfälle gezählt gegenüber 58 im letzten Quartal 1995. Unter den von den Strafbehörden ermittelten 68 Tatverdächtigen seien 39 Erwachsene, 19 Heranwachsende und zehn Jugendliche.

Moskau - Der russische Ultranationalist Wladimir Schirinowskij hat angekündigt, im Fall seiner Wahl zum russischen Staatsoberhaupt im Juni die baltischen Staaten mit Wirtschaftssanktionen wieder „zurück nach Rußland (zu) holen“. Die baltischen Staaten sollen nach Schirinowskij's Standpunkt für die Erniedrigung der russischsprachigen Bevölkerung bezahlen.

München - Der „Bund Freier Bürger“ (BFB; Sitz der Bundesgeschäftsstelle: München) macht per Annoncen im „Ostpreußenblatt“ auf sich aufmerksam. Gefordert wird die Beibehaltung der „D-Mark“.

München - Unter dem Namen „Franz-Josef-Strauß-Union“ soll in München eine neue Partei aufgebaut werden, die Wähler rechts von der CSU binden will. In einer Zeitungsanzeige wurde bereits ein „jüngerer belastbarer Jurist“ als Geschäftsführer für die Neugründung gesucht. Gründungsinitiator der „Strauß-Union“ ist Otto Schaile, Kopf des in München ansässigen Einmann-„Instituts für Politische Informationen“ sowie Vorsitzender der „Initiative politisch gebildeter Arbeiter und Angestellter“. Im 3. Jahrgang gibt er „Nie wieder SPD“ heraus. Seine Leser forderte Schaile bei der Bundestagswahl 1994 zur „Zweitstimme für die Republikaner“ auf. Der Informationsdienst der rechtsextremen „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) über die Schaile-Postille: „Es handelt sich praktisch um eine Wahlkampfzeitung der Republikaner“.

Recklinghausen - Die revanchistische Wochenzeitung „Der Schlesier“ bietet in ihrem „Schlesier-Buchdienst“ gleich mehrere Titel aus dem Verlagskomplex des Dr. Gerhard Frey in München an; beispielsweise „Von der Maas bis an die Memel“ (Marie Therese Hug Prinzessin von Preußen) oder „Wer ist wer im Judentum?“ (David Korn). Ferner wurde in der „Schlesier“-Ausgabe vom 3. Mai eine Anzeige geschaltet, die für das von Frey junior verfaßte Machwerk „Polens verschwiegene Schuld“ wirbt, das ebenfalls über den „Schlesier“ erhältlich ist.

Stuttgart/Berlin - Die „Republikaner“ haben nach eigenen Angaben beim Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer einen Anti-Verfassungsschutz-Arbeitskreis eingerichtet. Er soll die Aktionen der Verfassungsschutzbehörden gegen die rechtsextreme Partei auswerten und dokumentieren. Erfasst werden sollen auch Maßregelungen staatlicherseits gegen Mitglieder der REP, die den Beamtenstatus innehaben.

Warschau (Polen) - In Warschau wurde ein Denkmal für die früheren polnischen Zwangsarbeiter enthüllt. Die Plastik, die einen halb knieenden, angeketteten Arbeiter zeigt, ist den über einer Million von den Nazis nach Deutschland verschleppten Polen gewidmet. An dem Festakt nahmen neben Präsident Kwasniewski und Ministerpräsident Cimoszewicz auch frühere Zwangsarbeiter teil. „Die Völker Europas müssen gemeinsam dafür sorgen, daß sie nie wieder Opfer von Systemen werden, die auf Gewalt und Haß gebaut sind“, betonte der polnische Staatspräsident in seiner Festansprache. Dazu trage auch der Prozeß der deutsch-polnischen Aussöhnung bei. Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau hat sich mit knapp 37.800 Mark an den Kosten des Denkmals beteiligt.

Weikersheim/Stuttgart - Die Proteste gegen das „Studienzentrum Weikersheim“ haben der ultra-

rechten Denk- u. Kaderschmiede offenbar nicht geschadet. Der Widerstand habe, so Geschäftsführer Albrecht Jebens, eine Welle der Solidarität ausgelöst. Allein von einer „namhaften Firma“ wurden 10.000 Mark gespendet und mehr als 50 Sympathisanten seien in den letzten Monaten Mitglieder des „Studienzentrums Weikersheim“ geworden. Damit scharen sich nach Informationen der lokalen „Tauberzeitung“ rund 650 Gleichgesinnte um den Gründer des Vereins, Hans Filbinger. 30 Unternehmen sind als Vereinsmitglieder eingetragen. Zur Nachwuchsorganisation „Junges Weikersheim“ gehören rund 80 Personen. finanziell wird das „Studienzentrum“ u.a. von der „Hans Filbinger Stiftung“ unterstützt; rund 190.000 Mark sind mittlerweile zusammengekommen.

Weinheim/Baden-Württemberg - Der Deckert-Flügel in der NPD, der regelmäßig bedingungslose Solidarität mit dem inhaftierten ehemaligen NPD-Chef, Günter Deckert, bekundet, verschickt an Gesinnungskameraden eine Postille mit dem Titel „Deckert-Depesche“. Eingespeist wird das rechts-extreme Kampfblatt auch in das „Thule-Netz“, den bundesweiten Verbund von rund einem Dutzend neonazistischer Mailboxen. Weitere anstehende Prozesse gegen Deckert, der derzeit im Bruchsaler Gefängnis eine rechtskräftige Strafe absitzt, werden als „durchweg politische Schauprozesse“ bezeichnet. Deckert selbst wird als der „wohl bekannteste deutsche Nationalist“ gefeiert.

Toronto/Kanada - Kaiserslautern/Bundesrepublik. In der Mai-Ausgabe des „Germania“-Rundbriefes des Holocaust-Leugners Ernst Zündel (Toronto-Kanada), die im INTERNET abrufbar ist, wird der „Mutter der Nation“, Else Löser (Kaiserslautern), der „wohl bekanntesten Polen-Expertin des nationalen Lagers“ zum 90. Geburtstag gratuliert (15. Mai). Die rechtsextreme Publizistin Löser greift seit Jahrzehnten regelmäßig für ewiggestrige Zeitungen und Zeitschriften zur Feder; so u.a. auch für den neonazistischen „Scheinwerfer“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Schau'n Sie nicht weg!

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt.

Adresse:

Foto: dpa

Der „blick nach rechts“ schaut hin! Alle 2 Wochen! Kompetent, engagiert, originär!
Wer weiß das besser als Sie – unsere Leser! Wer jetzt abonniert, erhält den Dienst **3 mal kostenlos!**

Name

Anschrift

Unterschrift

Ohne Risiko! Wer nicht überzeugt ist, bestellt einfach mit Erhalt des 3. Heftes beim Verlag ab!

Vorwärts Verlag • Südstraße 133 • 53175 Bonn • Fon (0228) 9511312/14 • Fax (0228) 9511316